

Resolution zu rechtsextremen Versammlungen

Ingelheim ist eine tolerante und weltoffene Stadt. Der Stadtrat bekennt sich zu den Zielen des Ingelheimer Appells und ist der freiheitlich demokratischen Grundordnung verpflichtet. Rechtsextremisten und Rechtspopulisten werden in Ingelheim immer auf Widerspruch stoßen.

Die Versammlungsfreiheit ist ein wichtiges Instrument und Ausdruck dieser Offenheit. Deren Schutz, im Rahmen unserer Rechtsordnung zu gewährleisten, ist uns Verpflichtung.

Gegen die geplanten Aufmärsche im vergangenen Jahr hatte ein breites Bündnis verschiedener Organisationen zum Protest aufgerufen. Der Stadtrat unterstützt auch künftig dieses Bündnis.

Rechtspopulismus und Aufmärsche von Gruppen mit rechtsradikalem Hintergrund, die mit Nazisymbolen agieren und Erinnerungen an Naziverbrecher wachhalten wollen, sollen in Ingelheim keinen Platz haben und keine Chance bekommen, die gelebte Offenheit und Toleranz zu gefährden.

Der Stadtrat bittet die Verwaltung, alles dafür zu tun, dass die Grenzen der Versammlungsfreiheit Beachtung finden und die hierzu erforderlichen rechtlichen Mittel auszuschöpfen sind. Die dabei mitunter schwierig zu beurteilenden juristischen Fragen des Verfassungsrechts, des Versammlungsrechts und des Strafrechts aber auch die historische Bild- und Formensprache der Alt- und Neonazis, die Codes historischer Daten und Personen, die für die Veranstalter rechtsradikaler Versammlungen Bedeutung haben können, sollen anlassbezogen durch externe Beratung beurteilt werden.